

Gerhard Stickel

Rezension zu Sandra Nißls Buch
Die Sprachenfrage in der Europäischen Union –
Möglichkeiten und Grenzen einer Sprachenpolitik für Europa

Abstract

In her book *Die Sprachenfrage in der Europäischen Union* ['The Language Issue in the European Union'] the author tries to present and discuss the numerous aspects of the linguistic situation in the EU in a multidisciplinary and comprehensive way. She resorts to a remarkably diversified basis of material. On the whole, though, the book gives rather an impression of the often confusing variety of linguistic practices, regulations, plans and activities than a clarifying, helpful overview of the complex situations. Further studies should concentrate on just a few manageable, clearly formulated and empirically accessible topics of the linguistic situations in the EU and its member states.

Sommaire

Dans son livre *Die Sprachenfrage in der Europäischen Union* ['La Question des langues dans l'Union Européenne'] l'auteur essaye de présenter et de discuter les aspects nombreux de la situation linguistique dans l'UE d'une manière multidisciplinaire et compréhensive. Elle recourt sur une base de matériel remarquablement varié. Dans l'ensemble, pourtant, le livre donne plutôt une impression de la variété souvent déconcertante des pratiques, règles, plans et activités linguistiques qu'un aperçu utile qui pourrait clarifier les situations complexes. Dans d'autres études il vaudrait mieux de ne se limiter qu'à peu d'aspects de la situation linguistique dans l'UE et ses état-membres qui sont contrôlables, clairement formulés et accessibles de façon empirique.

Zusammenfassung

In ihrem Buch *Die Sprachenfrage in der Europäischen Union* versucht die Verfasserin, die zahlreichen Aspekte der sprachlichen Situation der EU multidisziplinär und umfassend darzustellen und zu erörtern. Sie stützt sich auf eine bemerkenswert vielfältige Materialbasis. Insgesamt vermittelt das Buch jedoch eher einen Eindruck von der oft verwirrenden Vielfalt sprachlicher Praktiken, Regelungen, Planungen und Aktionen, als dass es zu einer klärenden Übersicht über die komplexen Gegebenheiten verhelfen könnte. Für weitere Studien wäre die Beschränkung auf einige wenige überschaubare, klar formulierte und empirisch zugängliche Gegenstandsbereiche der sprachlichen Verhältnisse in der EU und ihren Mitgliedsstaaten zu empfehlen.

Die komplexe sprachliche Situation in Europa, besonders in der Europäischen Union hat verschiedene Aspekte, die seit mehreren Jahren in einer zunehmenden Anzahl von deskriptiven, analytischen und kritischen Arbeiten aus Soziolinguistik, historischer Sprachwissenschaft, Angewandter Linguistik, Rechtswissenschaft, Soziologie und Politologie behandelt werden. Die Dissertation von Sandra Nißl (*Die Sprachenfrage in der Europäischen Union – Möglichkeiten und Grenzen einer Sprachenpolitik für Europa*, München: Herbert Utz Verlag 2011, 331 S.) ordnet sich nach ihrem Anspruch und Inhalt mehreren dieser Disziplinen zu.

Die Autorin hat den ehrgeizigen Versuch unternommen, in ihrer Arbeit die aspektuelle Vielfalt der sprachlichen Situation der EU multidisziplinär und möglichst umfassend darzustellen und zu erörtern. Dabei stützt sie sich auf einschlägige Dokumente der europäischen Institutionen, Interviews mit einzelnen Akteuren dieser Institutionen, auf andere Forschungsarbeiten und einen mehrmonatigen Forschungs- aufenthalt in der Abteilung Mehrsprachigkeitspolitik der Generaldirektion Bildung und Kultur. Kennzeichnend für die vielfältige Materialbasis ist

das bemerkenswert umfangreiche Literatur-, Quellen- und Adressenverzeichnis im Anhang des Buchs.

Die einleitenden fünf Kapitel der Arbeit bieten eine knappe Übersicht über die Sprachen in Europa; es werden linguistische, juristische und europolitische Begriffe eingeführt, die europäische Sprachgeschichte skizziert und eine Chronologie der europäischen Verträge und anderer einschlägiger Dokumente gegeben. Der ausgedehnte Exkurs in verschiedene Integrationstheorien der Politischen Wissenschaft berührt - wie die Autorin selbst bemerkt - das Thema der Arbeit nur marginal.

Das erste der beiden folgenden zentralen Kapitel des Buchs behandelt den Sprachgebrauch in den Organen und Behörden der EU. Die Spannung zwischen dem arbeitspraktischen Bedarf an effizienter Kommunikation und der Forderung nach Gleichstellung aller offiziellen Sprachen der Mitgliedsländer wird dabei erörtert. Hierzu wird anschließend aber ohne eine Folgerung lediglich eine Übersicht über die verschiedenen Lösungsansätze von Esperanto bis zur Idee der so genannten Kernsprachen geboten.

Das zweite Hauptkapitel beschreibt und diskutiert ausführlich die neueren sprachenpolitischen Pläne und Initiativen der EU, besonders der Kommission, und Verfahren und Probleme bei der Umsetzung ("Implementierung") dieser Programme. Eingehend werden besonders das *Lifelong-Learning-Programme (LLP)* und seine Unterprogramme vorgestellt und diskutiert. Auch sprachenpolitische Ad-hoc-Gremien wie die *Business Platform for Multilingualism* und die *Civil Society Platform for Multilingualism*, die in den letzten Jahren von der Kommission initiiert worden sind, werden behandelt. Hierzu macht die Autorin auch organisatorische Vorschläge. Auf die Situation der 23 offiziellen Sprachen in den Mitgliedsländern, die von solchen Initiativen betroffen werden sollen, geht sie nicht ein. Ausführlich werden in meist allgemeiner Form die Regional- und Minderheitensprachen und die sie betreffenden Regelungen behandelt. Das abschließende Kapitel der Arbeit ist um eine Zusammenfassung der wichtigsten Befunde und Vorschläge bemüht.

Der Nutzen des Buchs besteht vor allem darin, dass es die wichtigsten der derzeit aktuellen Themen und Fragen anspricht, mit denen die Sprachenpraxis und Sprachenpolitik der europäischen Organe befasst sind. In zum Teil ausführlichen Kurzreferaten macht sie mit einer Reihe von neueren Programmen der EU bekannt. Die Autorin nimmt dabei durchweg die Perspektive der Brüsseler Behörden ein, geht aber - abgesehen von der relativ isolierten Diskussion der Regional- und Minderheitssprachen - kaum auf die tatsächlichen sprachlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Mitgliedsländern und die dort geltenden rechtlichen und sozialen Bedingungen ein. Der heikle Gegensatz zwischen den sprachenpolitischen Zielen der Europäischen Union und den nationalsprachlichen Interessen der Mitgliedsländer wird nicht thematisiert. Angesichts der sprachlichen Verhältnisse in den verschiedenen EU-Staaten sollten der Sprachgebrauch in den Einrichtungen der EU und seine Probleme lediglich als extremer multilingualer Sonderfall erscheinen. Die Bürger der Staaten der Union werden in der Regel nicht mit 23 Amtssprachen konfrontiert. Die detailliert beschriebenen Übersetzer- und Dolmetscherdienste der EU-Organe und ihre technischen Hilfsmittel haben mit den Zielen und Programmen europäischer und nationaler Sprachpolitiken nur marginal zu tun.

Im Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung europäischer Sprachenpolitik wird in mehreren Unterkapiteln unter anderem das Verfahren der OMC (*Open Method of Coordination*) beschrieben und am Beispiel des "frühen Sprachenlernens" auch kritisch beleuchtet, wobei aber auch hier die Brüsseler Perspektive dominiert. Eingehend wird auch das Subsidiaritätsprinzip und seine Bedeutung für eine europäische Sprachenpolitik erörtert. Angesichts der

zitierten Definitionen und Erläuterungen erstaunt es, dass Subsidiarität als Verfahren zur Lösung sprachenpolitischer Probleme vorgeschlagen, nicht aber auch als eines der rechtlichen Hindernisse für europaweite Maßnahmen gesehen wird. Unter Berufung auf dieses vertraglich verfasste Prinzip gehen ja die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU nur zögerlich, wenn überhaupt, auf europäische sprachenpolitische Vorschläge und Programme ein.

Die etwas verworrene Diskussion des zweifellos wichtigen Verhältnisses von Sprache und Identität kommt zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass Sprache nicht gleich Identität sei, was aber auch niemand behaupten würde. Dass soziale Identität nicht allein durch Sprache bestimmt wird, ist linguistisches und sozialpsychologisches Allgemeinwissen. So verwundert auch nicht der mühsam gewonnene Befund der Autorin, dass angesichts der sprachlichen Vielfalt Europas eine europäische Identität nicht primär sprachlich begründet sein könne.

Insgesamt vermittelt das Buch eher einen Eindruck von der oft verwirrenden Vielfalt der sprachlichen Praktiken, Regelungen, Planungen und Aktionen innerhalb der europäischen Organe und mit Bezug auf das vielsprachige Europa, als dass es zu einer klärenden Übersicht über die komplexen Gegebenheiten verhelfen könnte. Forschungsleitende Fragen zu Sprachgebrauch und Sprachenpolitik in den Institutionen der EU und den Mitgliedsländern werden nicht deutlich formuliert, überprüfbare empirische Methoden sind kaum erkennbar. Worin die wiederholt erwähnten eigenen "Recherchen" bestanden, wird nicht gesagt. So wird auch nicht beschrieben, wie die im Anhang aufgelisteten Interviews geführt und dann für die Arbeit ausgewertet wurden. Zweifellos wichtige Termini werden zwar wortreich eingeführt, aber dann meist mit Zitaten erledigt. Bezeichnenderweise ist wesentliches Ergebnis der "Argumente für eine Theorie der Sprachenpolitik", dass eine Theorie der Sprachenpolitik "durchaus sinnvoll wäre" (S. 44).

Eine Beschränkung auf einen oder einige wenige überschaubare und empirisch zugängliche Gegenstandsbereiche der sprachlichen Verhältnisse in der Union und ihren Mitgliedsstaaten hätte der Abhandlung gut getan. Weniger wäre gerade in diesem Fall mehr. Dies sollte die Verfasserin bei weiteren Studien berücksichtigen.

Addenda et Corrigenda:

Die Arbeit weist eine Reihe von Formulierungsschwächen und Ungenauigkeiten auf, die vor einer eventuellen weiteren Auflage vielleicht behoben werden können. Einige der Auffälligkeiten seien hier genannt:

S. 18: Als vier Freiheiten innerhalb der EU werden genannt: "freier Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Gütern". Statt "Gütern" müssten es "Dienstleistungen" sein. – S. 21: Unklar ist, was mit "175 Nationalitäten" in den Mitgliedsstaaten der EU gemeint sein könnte, zumal anschließend die Anzahl der Sprachen im geographischen Europa mit 140 angegeben wird. Der Bezug auch dieser Zahl bleibt unbestimmt, zumal noch "60 weitere autochthone Sprachen" sowie kurioserweise "drei Alphabete", die "hinzukommen", erwähnt werden. Die Fußnoten helfen nicht weiter. – S. 22: Unklar ist hier wie auch an einigen anderen Stellen, wann Sprachen in der EU, wann Sprachen im geographischen Europa gemeint sind. Das offizielle **Maltesisch** ist, anders als hier gesagt, durchaus "kodifiziert und standardisiert", **Rumänisch** ist weder eine baltische noch eine slawische Sprache. – S. 23: Dem **Spanischen** kommt, anders als die Autorin schreibt, außerhalb der Staatsgrenzen Spaniens eine große Bedeutung zu, besonders in Mittel- und Südamerika. – S. 24: Aus dem UNESCO-Atlas der bedrohten Sprachen wird unkritisch übernommen, dass in Europa 190 Sprachen bedroht seien. Unklar bleibt, wie sich diese Anzahl zu den auf S. 21 genannten 140 europäischen Sprachen verhält. Für Deutschland werden 13 bedrohte Sprachen angenommen. Der UNESCO-Atlas zählt darunter aber auch mehrere deutsche Dialekte. – S. 26-36: Es wird u.a. eine Definition des Terminus *Sprache* in Aussicht gestellt. Aus den schwach kommentierten Zitaten wird aber nicht einmal eine Arbeitsdefinition abgeleitet. Ähnliches gilt auch für die nachfolgend behandelten Begriffe *Mehr- und Vielsprachigkeit*, *Staat*, *Nation*, *Politik*, *Sprach- und Sprachenpolitik*. Außerdem "baut funktionale Mehrsprachigkeit" keineswegs nur "auf in der Schule erworbenen Zweitsprachenkenntnissen auf". (S. 28) Die sinnvolle Unterscheidung von Fremd- und Zweitsprache ist der Verfasserin vermutlich nicht geläufig. – S. 36: Sprachenpolitik ist für die Sprachwissenschaft keineswegs "unabdingbar". Argumentieren lässt sich allenfalls für das umgekehrte Verhältnis. – S. 40: Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind (seit 2006): **Serbien**, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und **Montenegro**. – S. 41: **Flämisch** ist keine der Amtssprachen in Bel-

gien, sondern **Niederländisch**. Diese terminologische Festlegung gilt seit der Gründung der *Nederlandse Taalunion* 1980. – S. 42: Norwegen hat **zwei** offizielle Standardsprachen: Bokmål und Nynorsk. – S. 43: Warum sollte “das Englische dem Rätoromanischen den Rang besonders in der Arbeitswelt ablaufen”? Eher geht dies in den betreffenden Gebieten von Deutsch (Schweizerdeutsch) und Italienisch aus. – S. 51: Sprachenpolitik ist kein “Zweig der Angewandten Sprachwissenschaft”, sondern ein Handlungsfeld, das unter anderem Forschungsgegenstand der Sprachwissenschaft sein kann. – S. 91: *Pivot-Sprache* und *Relais-Sprache* sind Synonyme. Finnisch, Maltesisch oder Ungarisch sind für EU-Dolmetscher **nie** Pivot-Sprachen. Es sind meistens Englisch, Französisch oder Deutsch. – S. 93: Unklar ist hier, ob die Generaldirektion Übersetzung der EU-Kommission über 2400 oder 1400 Übersetzer verfügt. – S. 131 unten: Leonard Orban war von 2007 bis 2009 EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit. Ihm **unterstand** u.a. die Abteilung Mehrsprachigkeit der Generaldirektion Bildung und Kultur. – S. 276: *Rezeptive Mehrsprachigkeit* ist in Skandinavien zwischen Dänisch, Schwedisch und Norwegisch möglich, nicht aber mit **Finnisch**.

Irritierend sind die vielen selbstreferenziellen Bezüge mit Wendungen wie *diese Dissertation* und *die Verfasserin*. Auch Plausibilitätsbetrachtungen und europolitische Gemeinplätze werden ausdrücklich als Meinung oder These der Verfasserin ausgegeben, z.B.: “Um die Wirtschaft anzukurbeln ... kommt der Bildung nach Meinung der Verfasserin eine tragende Rolle zu.” (S. 134) “Die Verfasserin stellt daher die These auf, dass in Zukunft der Problematik der (sozialen) Kohäsion mehr Beachtung geschenkt werden muss.” (S. 220) “Die Verfasserin vertritt die Meinung, dass Sprache nicht gleich Identität bedeutet.” (S. 294).

Gerhard Stickel
Institut für Deutsche Sprache
DE-68161 Mannheim
stickel@ids-mannheim.de

Version erhalten am 25. Juli 2011